

Charakters der Arbeiterbewegung und Übergang. Verschüttung und Verhöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft haben ihren motorischen Antrieb in dem immer stärkeren Schwinden des Einflusses des Reformismus in den Hauptzwecken des deutschen Proletariats. Die blutigen Blutige in Berlin, das Verbot des KPD, das hebenwürdige Verbot der "Roten Fahne", die zahlreichen Verbote der kommunistischen Provinzprese, die wiederholten Androhung der Verbotes der Kommunistischen Partei, die alles übertreffende Lügen- und Verleumdungs-Kampagne gegen die KPD um sich mit aller Schärfe den konterrevolutionären jauchenden Kurs der Staats- und Parteipolitik der gesamten Bourgeoisie unter Führung des Sozialföderalismus. Und so geht es weiter auf diesem Weg. Massenhafte Gesetzesvorlagen, die die Kriegsgesetze und die Gesetze des Belagerungszustandes in das "normale Recht" verwandeln, Gesetze der Kulturreaktion, die Verhaftung der Schulen und andere mittlerweile reaktionäre und konterrevolutionäre "Reformen", die in den Parlamenten zur Verabschiedung stehen, zeiern die Wiedergeburt der dunkelsten, reaktionären Zeiten der Vergangenheit. "Politisch im Imperialismus der Drang nach Gewalt und Reaktion" (Lenin).

Der Hauptredner des Parteitages, der Genosse Thälmann, hat in seiner leidenschaftlichen meisterhaften Rede den ganzen ökonomischen Untergrund dieses Entwicklungsprozesses des deutschen Imperialismus, an dessen Ausgangspunkt große revolutionäre Erstürmungen und gleichzeitig die Organisierung und Vorbereitung auch des deutschen Imperialismus zum Kriege gegen die Sowjetunion stehen, nachgewiesen, wie zwangsläufig hier die sozialföderalistische Entwicklung der gesamtpolitischen Entwicklung vorangeht. Das Referat des Genossen Thälmann, sowie das Referat über Krieg und Revolution haben keinen Zweifel darüber gelassen, welches an diesen großen historischen Wendepunkten der kapitalistischen Entwicklung die Aufgaben und Pflichten der Kommunisten sind. Gestützt auf die Beschlüsse des 4. KGD-Kongresses und des 6. Weltkongresses der Kommunisten wiesen die Referate des Parteitages den Weg, den den revolutionären Proletariat in dieser schwierigen, ernsten Situation zu gehen hat. Die Beschlüsse des Weddinger Parteitages, die umfassenden Resolutionen, die als propagandistische Leistung für die Parteiarbeit der nächsten Zukunft geschaffen wurden, geben den Partei die Waffen über das politische und strategische Handeln in allen Wechselseiten des komplizierten revolutionären Klassenkampfes. Ebenso waren es das Referat und die Thesen über die Gewerkschaftsaktivität und die Strategie bei den Wirtschaftskämpfen, die auf das konkretisierte die Aufgaben für den Tageskampf des revolutionären Proletariats stellten und der Partei auf alle brennenden Fragen auf diesem Gebiete eine feste Marchroute gewiesen.

Dem ganzen Ernst der Situation entsprechend, in Erwartung der schwersten, härtesten Klassenkämpfe, unmittelbarer großer, welthistorischer Ereignisse sah der Parteitag als eine seiner wichtigsten Aufgaben die Herausbildung eines festen, einheitlichen, nach seiner Setze hin schwankenden Blocks von der obersten Führung bis in die untersten Parteidächer. Dieser Ernst der Situation war es, der den Parteitag zwang, ohne alle Kompromisse und Verkleinerungen, ohne die geringsten Zugeständnisse an oppositionelle Strömungen und Gruppierungen, wie es die Befürworter sind, restlose Unterordnung und Eingliederung, oder Ausscheidung aus der Partei zu fordern. Zum ersten Male in der Geschichte der Partei steht der Parteitag dazu über, eine absolut homogene einheitliche Parteiführung zu schaffen, wohinherlei Konzeptionen und Zugeständnisse an Gruppierungen innerhalb der Partei gemacht werden. Ebenso ernst und harf wurden alle jene Maßnahmen besprochen und entsprechende Beschlüsse gefasst gegen die, die in die Partei von außen her, vom Klassenfeind Panikstimmungen und Schwankungen hineintragen, um so die gesamten Parteidächer gegen die verleumderische und läugnerische Kampagne des Klassenfeindes des Kommunismus zu immunisieren. Erst eine revolutionäre Partei, die sich durch feineren Schach- und Winkelzüge der Klassenfeinde erschüttern und beruhigen lässt, nur eine solche Partei, in der die härteste und mutigste Disziplin und vollstes Vertrauen zur bolschewistischen Führung und zur Kraft des Proletariats herrschen, kann die großen revolutionären Aufgaben, die der Klassenkampf vor das Proletariat in Deutschland stellt, erfüllen.

Diese großen zentralen Probleme gaben gleichzeitig dem Parteitag einen bedeutenden internationalen Charakter. Das äußerte sich besonders in der starken Anteilnahme von 13 Sektionen der Kommunistischen Internationale an den Verhandlungen unseres Parteitages. Mit Recht wies der Vertreter der KI, der Genosse Schmidt, Frankreich, darauf hin, daß heute der revolutionäre Klassenkampf in Deutschland und damit die Politik und Taktik der KPD das lebendige Schulbeispiel für die Kommunistischen Parteien in allen Ländern ist, und daher der deutsche Parteitag die größte internationale Bedeutung für die gesamte revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Ländern erlangt.

So hat der 12. Parteitag die Waffen für die bevorstehenden Kämpfe geschmiedet, den Weg für den Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse gegeben, in den Mittelpunkt der Aufgaben die Erobierung der Mehrheit und der Hauptzwecken des deutschen Proletariats gestellt, die Partei und das revolutionäre Proletariat zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Errichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland ideologisch vorbereitet und organisatorisch mobilisiert.

Massenvergiftungen bei Berlin

Bernau, 17. Juni.

In dem Nachbarort Groß-Schönbeck (Niederbarnim) erkranken am gestrigen Tage 35 Personen an schweren Vergiftungserscheinungen. 7 von den Erkrankten mussten sofort ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Sie wurden unverzüglich nach dem Krankenhaus in Bernau gebracht. Eine 19-jährige Schülerin erlag kurz nach der Einlieferung den Folgen der Vergiftung.

Große Unterlassungen beim Deutschen Sängerbund

U. Berlin. Wie das Berliner Tageblatt meldet, ist man dieser Tage umfangreichen Unterlassungen beim Deutschen Sängerbund auf die Spur gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen hat der "ehrenamtlich" dort tätige Schatzmeister, Gerichtsassessor a. D. Rehlin aus der Berliner Straße 97 in Charlottenburg, im Laufe des letzten Jahres insgesamt 270 000 Mark untergeschlagen.

Erdrutsch in Kolumbien — 30 Tote

U. London. In Kolumbien hat sich am Dienstag ein schwerer Erdrutsch ereignet, wobei 30 Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden. Die erste Meldung über das Unglück aus Popayán gibt noch kein klares Bild. Demnach hat ein Lontsch-Lauende von Tonnen in den Lauf des Quicale-Rheins verschoben, und hierdurch ist dieser über die Ufer getreten. Die Stadt Sevilla am Flusse Cauca wurde überflutet. Sevilla soll fast völlig zerstört und die Bewohner zur Räumung gezwungen worden sein.

Stürmische Arbeiterfahrt im Landtag

Kampfansage der KPD beantworten die Arbeiter mit begeistertem Beifall — Wahl des Ministerpräsidenten ergebnislos — Ferkel (SPD) nennt Arbeiter Idioten

2. Landtagssitzung

Dresden, 18. Juni 1929

Die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung weist als wichtigsten Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten auf. Von vornherein steht fest, daß die Sitzung aussehen wird wie — das Hornberger Schießen. Das Bürgertum ist mit dem Kuhhandel der Regierungsbildung noch nicht fertig. Als einziger Redner hat sich zu diesem Punkt

Genosse Renner

zu Wort gemeldet. Er verliest die an anderer Stelle unserer Zeitung niedergegebene

Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion zur Wahl des Ministerpräsidenten.

Gleich nach den ersten Sätzen unterstreichen die zahllos auf den Tribünen anwesenden Arbeiter und die kommunistische Fraktion durch lebhafte Beifall die Aussführungen. Das ist für den neu gebildeten Landtagspräsidenten, den freuen Hüter kapitalistischer Ordnung, Grund genug, die Tribünenbesucher ernstlich zu verwarnen und ihnen den Herausforderung anzudrohen.

In scharfen Worten geißelt Genosse Renner diese Haltung und zeigt die Rolle, die die Sozialdemokratische Partei als die Schirmherrin des Föderalismus spielt, auf. Er erinnert an die vielen arbeiterfeindlichen Handlungen der SPD, vor allem an die Verlogenheit und Zweisätzlichkeit der "Linien" in Sachsen. Ein charakteristischer Vorfall spielt sich ab, als Genosse Renner die Tätigkeit der Jäger und Hilsdorff sowie die des versessenen Landtagspräsidenten geißelt: Die Vertreter der Deutschen Volkspartei unterstreichen durch lebhafte Zurufe die Handlungen der sozialdemokratischen Polizei- und Landtagspräsidenten gegen die Arbeiter.

Besser konnte nicht festgestellt werden, in wessen Interesse die sozialdemokratischen Führer arbeiten!

Die Aussführungen des Genossen Renner werden wiederholt durch stürmische Entrüstungen, bzw. Beifallsfunktionen der kommunistischen Fraktion und der Arbeiter auf der Tribüne unterbrochen. Als Genosse Renner zum Schlus darauft hinweist, daß jede aus dem bürgerlichen Parlament hervorgegangene Regierung eine Regierung der Trubelbourgeoisie sei und erklärt, daß die kommunistische Landtagsfraktion nicht nur gegen jeden offenen bürgerlichen, sondern auch gegen jeden sozialdemokratischen Vorschlag zum Ministerpräsidenten stimmen werde und darauf hinweist, daß es für die Arbeiter nur einen einzigen Ausweg aus dem Elend geben kann, nämlich: Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und Auseinandersetzung der deutschen Sowjetrepublik, antworten die kommunistische Fraktion und die vielen auf den Tribünen anwesenden Arbeiter mit einem stürmischen, dreimal kräftig wiederholtem "Roter Front". Die Abgabe dieser Erklärung, die eine scharfe Kampfansage und eine gründliche Abrechnung mit allen Feinden des Proletariats ist, hat eine starke Wirkung hinterlassen. Da sich kein anderer Abgeordneter zum Wort meldet, wurde die Komödie, genauer Ministerpräsidentenwahl, vorgenommen. Die Sozialdemokraten schlagen, wie bekannt, Reichstagsabgeordneten Fleißner vor, ebenso einige bürgerliche Fraktionen ihren Fraktionsvorsitzenden. Für

die kommunistische Fraktion erklärt

Genosse Renner, daß sie keinen Kandidaten vorschlagen. Er

wiegt nochmals darauf hin, daß ja von vorahein feststeht, daß die Wahl ergebnislos verlaufen werde. Interessant ist, daß Sozialdemokrat Dobber, der bekanntlich stark für die Bildung einer Koalition in Sachsen eintritt, den Demokraten und den bürgerlichen Parteien "zurückzumachen" versucht, wie Finanzminister Weber sei. Das kann nicht anderes bedeuten als ein vorstehendes Vieleswerben, ein Buhlen um Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratische Partei, die der Koalition — aus begreiflichen Gründen — bis nach den Gemeinderatswahlen vertritt, Das kommt auch in einer Reihe Äußerungen prominenten sozialdemokratischen Führers zum Ausdruck. So hat u. a. der Kreisparteisekretär und Stadtrat Sandor der SPD dies mit aller Deutlichkeit ausgesprochen und dabei darauf hingewiesen, daß die Bildung einer Koalition jetzt schon der SPD bei den Gemeinderatswahlen "große Stimmen- und Mandat-verluste" kosten würde. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die SPD durchaus gewillt ist, die Koalition auch im Süden im Oktober aber sprechen wir uns wieder! (Wohltuer Beifall der Kommunisten.)

Das „Ergebnis“ der Wahl:

Leichtigt erhält 31 Stimmen, die ASP, die aus 2 Kammern besteht, zum Ministerpräsidenten ihre Stimmen auf den heutigen Ministerpräsidenten Heldt und auf Kreishauptmann Bud vereinigt. Es hatte sich also jeder ASP-Abgeordnete zum Ministerpräsidenten gewählt. Das Ergebnis wurde im ganzen Haus mit großem Gelächter aufgenommen. Die anderen bürgerlichen Parteien hatten, außer den Nazis, die gleich den Kommunisten sich der Stimme enthielten, ihren Fraktionsvorsitzenden gewählt. Damit war die Wahl ergebnislos verlaufen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, 13. Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht wiederum die Wahl des Ministerpräsidenten. Die kommunistische Fraktion verlangt, daß als erster Punkt die Erwerbslosenanträge und die Anträge der Arbeitsbeschaffung behandelt werden. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis löste auf den Tribünen stürmische Entrüstung aus. Als die Sitzung geschlossen wurde, antwortete die Arbeiter mit einem kräftigen "Roter Front".

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ferkel beschimpft Arbeiter als Idioten.

Ein bezeichnender Zwischenfall ereignet sich im Landtag nach Schluss der Sitzung. Die Arbeiter auf der Tribüne, die die Abstimmung des kommunistischen Antrages auf Behandlung der Erwerbslosenanträge mit stürmischen Entrüstungsrufen beantwortet hatten, erhielten von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Ferkel die für die gesamte sozialdemokratische Fraktion bezeichnende Antwort, sie seien Idioten. Als Genosse Opitz Ferkel wegen dieser Äußerung zur Rechenschaft zog, wiederholte Ferkel diese Äußerung und erklärte, anders könne man sie (die Tribünenbesucher) nicht bezeichnen!

Dieser Zwischenfall zeigt mit aller Deutlichkeit die Einstellung sozialdemokratischer Bonzen zu den im Elend leibenden Arbeitern. Jedes Kommentar dazu würde diese Tatsache nur abchwächen.

Proletarierinnen demonstrieren gegen den imperialistischen Krieg

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Der Rose Frauen- und Mädchen-Bund veranstaltete gestern abend aus Anlaß des Kongresses vom Weltbund für Frauenvollmacht eine imposante Gegenkundgebung im Saalbau Friedrichshain. Die Demonstration des RFB vom Silowplatz aus wurde von der Bevölkerung mit Begeisterung begrüßt. Unter lautstem Jubel der Anwesenden marschierte die Fahnen-delegation in den Saal ein. Der erste Redner, der ehemalige Gauführer des RFB Berlin, wurde von der tausendköpfigen Menge mit einem donnernden dreifachen Roter Front begrüßt. Unter großem Jubel sprach auch der anwesende Vertreter der Roten Marine, der in voller Uniform Grüße der Hamburger revolutionären Arbeiterchaft überbrachte.

Genossin Irene Oerlach schilderte den Charakter des Weltbundes für Frauenvollmacht, der von Reichs- und Städtebehörden mit großem Pomp empfangen und außerdem mit 25 000 Mark Steuergeldern in bar bezahlt wurde. Sie rief die Arbeiterfrauen auf, am internationalen Roten Tag, dem 1. August, gegen alle bürgerlichen Organisationen, für die aktive Verteidigung der Sowjetunion, für die Rote Front, gegen den imperialistischen Krieg aufzumarschieren.

Die künstlerischen Darbietungen der Jungpioniere des roten Wedding, auf die die Jäger-Helden vergleichbar Jagd gemacht

hatten, und eine satirische Revue, aufgeführt von Gruppen des RFB usw., wurden mit großem Beifall aufgenommen. Am Schlus wurde eine Resolution angenommen, in der die 2000 erweisenen Proletarierfrauen erklären, daß es keine Arbeitsgemeinschaft zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauen gibt, sondern nur Todesfeindschaft zwischen Kapital und Arbeit. Die bürgerlichen Frauenorganisationen sprechen vom Frieden, helfen aber in der Tat den Krieg vorbereiten. Der RFB ruft allen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu: Heraus aus den bürgerlichen Frauenorganisationen! Hinein in den Roten Frauen- und Mädchen-Bund! Bereit den internationalen Roten Tag am 1. August vor! Krieg dem imperialistischen Krieg! Es lebe die Sowjetunion!

Die Berliner Bannmeile für den 11. August zum Verfassungsumzug aufgehoben

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Die preußische sozialdemokratische Koalitionsregierung hat nach einer Meldung des Tags beschlossen, für die Kundgebung des Reichsbanners zum Verfassungstag am 11. August die Bannmeile aufzuhören. Es ist dies die erste formelle Aufhebung der Bannmeile, nachdem ohne Aufhebung der Bannmeile der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Jäger wiederholte, dass die nationalsozialistischen Demonstrationszüge in der Bannmeile stillschweigend geduldet hatte.

Die Tribüne in Magdeburg verboten

Ein Strafantrag Hilsdorfs

Der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen, Wächtig, hat die Magdeburger Tribüne aus 3 Wochen verboten.

Zur Begründung wird angegeben, daß die Zeitung staatsfeindliche Ausführungen vom Parteitag der KPD berichtet habe. Schon seit Wochen steht der Vorwärts zu diesem Bericht. Die Zweck ist ganz klar: die Berichterstattung über den Parteitag der KPD soll unterbunden werden. Es kommt hinzu, daß die Magdeburger Tribüne Berichte über den Kriegsauftand machen, die für Hilsdorff und andere SPD-Minister sehr unattraktiv wären. Der Vorwärts verstärkt seine Haltung. Der Oberpräsident ist jetzt der Forderung Stampfers nachgekommen, Hilsdorff und andere SPD-Minister haben Strafantrag gegen die Tribüne gestellt.

Schiedsspruch für das Versicherungsgewerbe

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Der Schiedsspruch im Gehaltstreit des Versicherungsgewerbes, der nur eine 3 prozentige Lohnzehröhung vorschlägt, ist von den Unternehmern, dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, abgelehnt worden.

5000 polnische Bergarbeiter im Streit

Warschau, 19. Juni (Eig. Drahtbericht)

Im Sosnowicer Kohlenrevier sind 5000 Bergarbeiter in den Streit getreten, weil die Grubendirektion nur 70 Prozent der Hungerlöhne auszahlte und die Bezahlung der 30 Prozent nur ratenweise erledigen will.

Der Papst verteilt Orden

Rom, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Papst hat dem päpstlichen Konsistorialadvokaten für seine zweijährige Mitwirkung an den Verhandlungen zum Abschluß der Laienverträge und für die Abschaffung des Staatsgesetzes durch den Papst eine halbe Million lire auszahnen lassen. Außerdem wurde dem Kurius Bacelli als Belohnung für seine erfolgreichen Bemühungen um das Zustandekommen des preußischen Konkordats ein päpstlicher Ehrentitel verliehen. Bacelli wird als Generalrat des preußischen Staates auch weiterhin im Papstpalast bleiben.